

# Wohnungsgeberbestätigung zur Vorlage bei der Meldebehörde (§ 19 Bundesmeldegesetz (BMG))

**Auszug aus § 19 Abs. 1 Satz 1 und 2 BMG  
Mitwirkung des Wohnungsgebers**  
(1) Der Wohnungsgeber ist verpflichtet, bei der Anmeldung mitzuwirken.  
Hierzu hat der Wohnungsgeber oder eine von ihm beauftragte Person der  
meldepflichtigen Person den Einzug schriftlich oder elektronisch  
innerhalb der in § 17 Absatz 1 oder 2 genannten Fristen (zwei Wochen) zu bestätigen.

## Angaben zum Wohnungsgeber:

Familienname / Vorname oder  
Bezeichnung bei einer juristischen Person: \_\_\_\_\_

PLZ / Ort: \_\_\_\_\_  
Straße / Hausnummer /  
Adressierungszusätze: \_\_\_\_\_

- Der Wohnungsgeber ist gleichzeitig **Eigentümer** der Wohnung *oder*  
 Der Wohnungsgeber ist **nicht Eigentümer** der Wohnung. Der Name und die Anschrift des **Eigentümers** lauten:

Familienname / Vorname oder  
Bezeichnung bei einer juristischen Person: \_\_\_\_\_

PLZ / Ort: \_\_\_\_\_  
Straße / Hausnummer /  
Adressierungszusätze: \_\_\_\_\_

## Anschrift der Wohnung in die eingezogen oder aus der ausgezogen wird:

PLZ / Ort: \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer:  
Zusatzangaben (z.B. Stockwerks- oder  
Wohnungsnummer): \_\_\_\_\_

In die oben genannte Wohnung ist/sind am \_\_\_\_\_ folgende Person/en **eingezogen**:  
Datum Ein-/Auszug

## Folgende Person/Personen ist/sind in die angegebene Wohnung eingezogen:

Familienname: _____	Vorname: _____

weitere Personen siehe Rückseite.

**Ich bestätige mit meiner Unterschrift** den Ein- bzw. Auszug der oben genannten Person(en) in die oben bezeichnete Wohnung und dass ich als Wohnungsgeber oder als beauftragte Person diese Bescheinigung ausstellen darf.

Ich habe davon Kenntnis genommen, dass ich ordnungswidrig handle, wenn ich hierzu nicht berechtigt bin und dass es verboten ist, eine Wohnanschrift für eine Anmeldung eines Wohnsitzes einem Dritten anzubieten oder zur Verfügung zu stellen, obwohl ein tatsächlicher Bezug der Wohnung durch einen Dritten weder stattfindet noch beabsichtigt ist.

Ein Verstoß gegen dieses Verbot stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße bis zu 50000 Euro geahndet werden. Das Unterlassen einer Bestätigung des Ein- oder Auszugs sowie die falsche oder nicht rechtzeitige Bestätigung des Ein- oder Auszugs können als Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen bis zu 1000 Euro geahndet werden.

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des **Wohnungsgebers** *oder* des **Wohnungseigentümers**